

Mitteilung des Senats vom 6. Januar 2009**Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II**

Die Bremische Bürgerschaft hat mit Beschluss vom 5. Juni 2008 den Senat aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II, vorzulegen.

Der Senat hält es für erforderlich, zunächst umfassend die Ausgangslage und Grundpositionen für die Verstärkung politischer Bildung darzustellen, um daraus die erforderlichen Entwicklungsbedarfe und -schritte abzuleiten.

Ausgangslage

Mit den Antragstellern herrscht Einigkeit darüber, dass die politische Bildung an Schulen weiter zu stärken ist und grundlegende demokratiepädagogische Anstrengungen angezeigt sind, um im Sinne des Bremischen Schulgesetzes Schülerinnen und Schüler „zur Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen“, zu befähigen (§ 5).

Diese Einsicht ist Grundlage des vorliegenden Konzeptes. Sie hat in Bremen – aber auch bundesweit – in den vergangenen Jahren zahlreiche Lösungsansätze hervorgebracht, die die politische Bildung stärken und dabei von einer komplexen Ausgangslage ausgehen:

- Vor dem Hintergrund „der aktuellen Zunahme von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und einer seit Jahren zunehmenden Politik(er)verdrossenheit und Politikdistanz bei Jugendlichen“ wurde der BLK-Modellversuch „Demokratie lernen und leben“ auch im Land Bremen (2002 bis 2007) durchgeführt. Die Entwicklung bei den Jugendlichen läuft „... auf alarmierende Weise den Zielen der schulisch institutionalisierten politischen Bildung zuwider, die am Ziel starker und aufgeklärter Beteiligung in einem partizipatorischen Modell orientiert ist“. ¹⁾
- Im internationalen Vergleich zeichnen sich deutsche Achtklässlerinnen und Achtklässler durch einen hohen Grad an Fremdenfeindlichkeit aus. Ihre Bereitschaft zu politischem Engagement liegt unter dem Durchschnitt anderer Länder, wie die CIVIC-Education-Studie der IEA ²⁾ 2002 zur politischen Bildung zeigte.
- Die geringe Wahlbeteiligung etwa bei der Bürgerschaftswahl 2007 (57,58 % Bremen/52,8 % Bremerhaven) erschwert es, Jugendlichen die Bedeutung des Wahlrechts vor Augen zu führen.
- Gleichzeitig hat sich der Drang nach Mitbestimmungsmöglichkeiten, den Schülerinnen und Schüler der 60er-/70er-Jahre noch hatten, verändert in Richtung einer stärkeren politischen Distanz; ³⁾ „bürgerlich-mitmenschliches Engagement ist weit verbreitet bei Jugendlichen, bürgerlich-politisches Engagement ist dagegen gering verbreitet“. ⁴⁾

¹⁾ Zitiert nach Fauser/Edelstein: Gutachten zum Programm Demokratie lernen und leben, BLK-Modellversuch, Bonn 2001, Seite 17 f.

²⁾ International Association for the Evaluation of Educational Achievement.

³⁾ Vergleiche Studie des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung Hannover im Jahr 1995 im Auftrag des Landes Niedersachsen über schulische Möglichkeiten der Partizipation, in: C. Rohlfs/C. Palentien: „Perspektiven der Partizipation“ im Band „Demokratische Grundschule – Mitbestimmung von Kindern über ihr Leben und Lernen.“ Uni Siegen 2008.

⁴⁾ Dr. Sybille Reinhard, „Demokratiekompetenzen“, zitiert nach Abschlussbericht zum BLK-Modellversuch/„Nacht der Jugend“, Bremen 2007, Seite 22.

- Im Zuge der Einrichtung von Ganztagschulen erfordert der längere Einfluss von Schule und Schulklima auf die politische und demokratische Bildung von Kindern und Jugendlichen neue und weiter reichende pädagogische Konzepte. Hierzu gehören auch Entwicklungs- und Erfahrungsmöglichkeiten, die Jungen und Mädchen befähigen, traditionelle Rollenmuster zu überwinden.
- Schulen sind durch die Kultusministerkonferenz (Beschluss vom 3. März 2006) aufgefordert, die Kinderrechtskonvention umzusetzen. Dabei ist für die politische Bildung vor allem die altersgerechte Berücksichtigung des Rechtes auf Partizipation relevant, das von der KMK als „essentiell für die Schulkultur“ bewertet wird.

Dies sind einige besonders wirksame Aspekte des Hintergrundes, vor dem die konzeptionelle Gestaltung der politischen Bildung an Schulen stattfindet. Aufgrund divergierender Vorstellungen darüber, auf welche Weise eine Stärkung erfolgen kann, ist für das vorliegende Konzept zunächst eine inhaltliche Klärung des Begriffes „Politische Bildung“ notwendig.

Didaktische Grundpositionen: „Politische Bildung“ vs. „Demokratie-Lernen“

Die politische Bildung an Schulen in Deutschland hat seit den 90er-Jahren einen deutlichen Anstoß zur Weiterentwicklung erfahren. Galt es bis dahin als ausgemacht, dass die „politische“ Bildung sich auf den systematischen Erwerb von Grundlagenkenntnissen im Sinne von Deutungswissen über Kernkonzepte der Demokratie, auf die Analyse und die Beurteilung politischer Fragen und Institutionskunde konzentrieren sollte, so stellen neuere Initiativen ein breiter angelegtes „Demokratie-Lernen“ ins Zentrum der didaktischen Bemühungen.

Der „politik-orientierte“ Ansatz⁵⁾ sieht die Politik als „Kern der politischen Bildung“. Die entsprechenden Problem- und Themenfelder werden „politik-orientiert“ im kognitiven Sinne bearbeitet. Der Politikunterricht konzentriert sich diesem Ansatz zu Folge darauf, Demokratie als Herrschaftsform zu sichern und weiterzuentwickeln.

In den neueren Initiativen werden deutliche Akzente in Richtung auf eine breit angelegte Demokratietheorie, auf eine erfahrungs- und wertbezogene demokratische Praxis sowie – didaktisch gesprochen – auf demokratische Verhaltens- und Handlungsorientierung gesetzt.⁶⁾⁷⁾ Demokratie wird erweitert als Lebens-, Gesellschafts- und Handlungsform verstanden.

„Das ‚Lernen‘ von Demokratie, d. h., der Erwerb von Kompetenzen zum demokratischen Handeln, und das ‚Leben‘ in der Demokratie, d. h., die Einübung in die Praxis demokratischer Lebensführung, wird zugleich als das beste Mittel und eigentliche Ziel bei der Auseinandersetzung mit Rückzug und Demokratieverdrossenheit aufgefasst. Gleichzeitig gilt, dass Demokratie lernen und leben die Überwindung von Gewalt fordert und ermöglicht.“ (Programmgutachten, Seite 18)

Zu den grundlegenden Kompetenzen eines solchen „Demokratie-Lernens“ gehören die Fähigkeit, andere Perspektiven zu übernehmen; Konfliktfähigkeit; politische Urteilsfähigkeit; Partizipation und sozialwissenschaftliches Analysieren.

Erfolgreiche Maßnahmen müssen hierzu handlungsorientiert, erfahrungsgeleitet, fachübergreifend bzw. Fächer verbindend und ausgestattet sein mit Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Dies wurde im Modellversuch „Demokratie lernen und leben“ auch für Bremen nachgewiesen. Die „... dominante Form des reproduktiven unterrichtlichen Lernens muss in diesem Bereich mehr noch als in anderen Sachbereichen um aktive und konstruktive Aspekte ergänzt und schüleraktiv transformiert werden, nicht zuletzt um die Schulung der Urteilkraft in diskursiven Prozessen zu fördern. Eine Schwäche des schulischen Lernens ist im Bereich der politischen Bildung, vielleicht mehr noch als in anderen Bereichen, eine vor allem text- und wissensbezogene Didaktik und die Konzentration auf Institutionen, die Jugendlichen als abstrakt und lebensfern gelten.“ (Programmgutachten, Seite 22)⁸⁾

⁵⁾ Zum Beispiel Massing und Weißeno, 1995.

⁶⁾ Nach: Himmelmann „Demokratie lernen und Politik lernen – ein Gegensatz?“ Veranstaltungsdokumentation, Homepage bpb 2003.

⁷⁾ Hierzu gehört in besonderer Weise der Ansatz von Prof. Dr. Peter Fauser (Universität Jena) und Prof. Dr. Wolfgang Edelstein (ehemaliger Direktor des MPI für Bildungsforschung, Berlin), die das Demokratie-Lernen im Gutachten zum erfolgreichen BLK-Modellversuch „Demokratie leben und lernen“ (2002 bis 2007) theoretisch begründet haben.

⁸⁾ Die Gutachter Fauser und Edelstein vertreten sogar die Auffassung, dass „auf diese Weise (...) der Fachunterricht mehr zu Politikverdrossenheit als zum Aufbau politischer Urteilskompetenz bei(trägt)“ (Programmgutachten, Seite 29).

Eine Ausrichtung an Kompetenzen, wie sie die Bildungspläne vorsehen, wird insbesondere durch eine handlungsorientierte Lehre erreicht. Die verpflichtenden bremischen Curricula gewährleisten formal eine politische Grund- und Allgemeinbildung aller Schülerinnen und Schüler bereits am Ende der Sekundarstufe I.

Das vorliegende Konzept der Senatorin für Bildung und Wissenschaft ist außerdem getragen von der Auffassung, dass politische Bildung eine Querschnittsaufgabe an Schulen ist, deren Herausforderungen sich auch, aber nicht allein, mit einer Stärkung des Faches Politik meistern lassen:

Da Belehrung gegen Erfahrung nicht ankommt, setzt das bremische Konzept schulischer politischer Bildung mit gutem Grund auch auf die Wirksamkeit von möglichst realen mikropolitischen Prozessen im Nahbereich, in denen Schülerinnen und Schüler politische Grundfertigkeiten erlernen können: Positionen zu klären und gegen andere Positionen zu verteidigen, abzuwägen, Lösungen abzustimmen, über Handlungsprobleme zu verhandeln, zwischen unterschiedlichen Optionen zu wählen, den Sinn von Abstimmungen zu begreifen, Aufgaben und damit Verantwortung zu übernehmen und mit anderen zu teilen, entsprechend „Macht“ auszuüben und Einfluss zu gewinnen, Ämter wahrzunehmen und sich für Handlungen in Ämtern zu rechtfertigen. Im besten Fall durchdringen derartige Maßnahmen zur politischen Bildung und zum „Demokratie-Lernen“ alle Ebenen des Schullebens, werden im Schulklima und in der konkreten Beteiligung, Mitwirkung und fachübergreifenden Auseinandersetzung erlebbar. Mädchen und Jungen sind mit dem Ziel der Geschlechterdemokratie gemeinsam auf allen Ebenen in diesen Prozess involviert.

Sachstand und Entwicklungsbedarfe politischer Bildung an Bremer Schulen

1. Politische Bildung in der Stundentafel
2. Projekte – Maßnahmen – Wettbewerbe
 - 2.1 Rahmensetzungen und Aktivitäten auf Schulebene
 - 2.2 Fortbildungsmaßnahmen
 - 2.3 Projektkultur
 - 2.4 Wettbewerbe
3. Kooperationen mit institutionellen und außerschulischen Partnern
4. Partizipation
5. Entwicklungsbedarfe und Lösungsansätze

1. Politische Bildung in der Stundentafel

„Politik ist, was ihr daraus macht. Zum Beispiel in diesen Fächern: Politik, Deutsch, Geschichte, Wirtschaft, Recht, Kunst, Musik, Ethik, Religion, Philosophie, Biologie, Informatik.“
(aus: Aufruf zum Schülerwettbewerb zur politischen Bildung 2008)

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hat in den vergangenen Jahren eine Sicherung des Umfangs der gesellschaftswissenschaftlichen Fächergruppe in den Stundentafeln der Sekundarstufen I und II erreicht. Im Vergleich zu den Bundesländern Niedersachsen und Berlin ist der politisch-gesellschaftswissenschaftliche Bereich in den bremischen Stundentafeln ausgeprägt. Er umfasst in den Bildungsgängen einen gleich großen bzw. umfangreicheren Stundenanteil im Vergleich zu den genannten Ländern. Abweichungen ergeben sich durch den unterschiedlichen inhaltlichen Zuschnitt der Fächer: In Niedersachsen wird im gymnasialen Bildungsgang die Berufsorientierung dem Fach Politik zugeordnet, in Bremen dem Fach Wirtschaft – Arbeit – Technik (WAT). In Berlin wiederum hat das Fach Arbeitslehre einen technikorientierten Ansatz, in Bremen das analoge Fach Wirtschaft – Arbeit – Technik einen eher politisch-wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt.

Mit den Fächern Politik, Geschichte, Welt-/Umweltkunde (WUK), Wirtschaft – Arbeit – Technik (WAT) hat die Sekundarstufe I leistungsfähige Fächer zur Vermittlung von politischer Bildung. Generell sollen der Schülerschaft politische Kompetenzen in jeglichem Fachzusammenhang – auch dem der Kernfächer und der Naturwissenschaften – vermittelt werden.

Die gesellschaftswissenschaftliche Fächergruppe wurde mit der Revision der Stundentafel im verkürzten gymnasialen Bildungsgang 2006 in den Jahrgangsstufen 9 und 10

um zwei Wochenstunden verstärkt und in den Jahrgangsstufen 7 und 8 vom Umfang her auf vier Jahreswochenstunden konstant gehalten. In der Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe wurde die Fächergruppe deutlich verstärkt von vorher zwei bis drei Grundkurswochenstunden auf sechs Wochenstunden. Weitere Vertiefungen können im Wahlpflichtbereich vorgenommen werden bzw. sind im Rahmen der Profilerstufe zu leisten.

Mit der Revision der Stundentafel des gymnasialen Bildungsgangs wurde im Jahr 2006 außerdem das Fach Gemeinschaftskunde in Politik umbenannt und auf ein modernes Verständnis politischer Bildung ausgerichtet.

Die Stundentafel der Sekundarstufe I im Lernbereich Gesellschaft/Politik/Welt/Umwelt stellt sich für die Gesamtschule und die Sekundarschule wie folgt dar:

In der Gesamtschule steigt die Stundenzahl von sechs Wochenstunden in den Jahrgangsstufen 7 und 8 auf sieben Stunden im 9. Jahrgang und acht Stunden im 10. Jahrgang an.

In der Sekundarschule werden in diesem Lernfeld in den Jahrgangsstufen 7 und 8 je sechs Wochenstunden, in den Jahrgangsstufen 9 bis 10 mindestens sieben Stunden unterrichtet.

Die Flexibilisierungsstundentafeln für die Jahrgangsstufen 7 bis 10 der Sekundarschule und der Gesamtschule sowie die Jahrgangsstufen 7 bis 9/10 des Gymnasiums bieten den Schulen Möglichkeiten zur Profilierung und Schwerpunktsetzung. Fächer können in integrierter Form angeboten, in Epochen zusammengefasst oder in Projektbändern organisiert werden. Die Schulen sind herausgefordert, diese Gestaltungsfreiräume im Interesse der politischen Fachkunde auszuschöpfen.

Die kontinuierliche Erteilung gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtes mit der Aufgabe politischer Bildung ist mit der vorhandenen Stundentafel gewährleistet. Eine Stärkung des Faches Politik und seiner spezifischen Inhalte ist wünschenswert (siehe Punkt 5), kann und soll jedoch nicht über eine Erhöhung der Stundentafel geleistet werden.

2. Projekte – Maßnahmen – Wettbewerbe

Politische Bildung ist aufgrund der Komplexität der Materie über den fachlichen Unterricht hinaus Aufgabe aller Fächer und der gesamten Schule.

Bildungspläne, Stundentafeln, Kommunikationsstrukturen im Unterricht, Lern- und Schulkultur, Wettbewerbsteilnahmen und Projekte greifen hier notwendigerweise ineinander.

Aus diesem Grund gibt es gezielte steuernde Maßnahmen, Rahmensetzungen und Projektarbeit, die Partizipation und demokratisches Lernen, Sprechen und Handeln in den Mittelpunkt stellen. Auch „Mikroprojekte“ scheinbar unpolitischer Natur ermöglichen eine positive Beteiligungserfahrung und wirken auf diese Weise mittel- bis langfristig fördernd auf das Interesse der Schülerinnen und Schüler an politisch und gesellschaftlich relevanten Themen. Die bestehenden Formate greifen aktuelle Themen auf und werden kontinuierlich weiterentwickelt:

2.1 Rahmensetzungen und Aktivitäten auf Schulebene

- > Die Eigenverantwortung von Schulen wurde gestärkt. Dies gilt in Bezug auf das vorliegende Konzept vor allem für die pädagogische Eigenverantwortung, durch die eine Gewichtung politisch-demokratischer Bildung im Schulleben, eine entsprechende Organisation von Lernfeldern und eine fachliche Schwerpunktsetzung ermöglicht wird.⁹⁾
- > Qualitätssicherung: Die Schulen sind aufgefordert zur Erstellung von Schulprogrammen. Dies soll unter Einbeziehung aller betroffenen Gruppierungen und unter Berücksichtigung von geschlechterdifferenzierten Perspektiven geschehen mit dem Ziel, die Partizipationsmöglichkeiten im Schulleben im Sinne einer programmatischen Selbstverpflichtung jeder Schule zu verankern. Viele der inzwischen vorliegenden Schulprogramme weisen deutlich aus, dass die Schülervertretungen der Schulen partizipativ einbezogen waren.

⁹⁾ Vergleiche „Eckpunkte für ein Pilotprojekt EVS“, Anlage 1, Deputationsvorlage G 03/17 vom 22. August 2007, Seite 3 f.

- > Förderung der Schulen mit dem Zertifikat „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, die sich als Anlaufstelle für Betroffene bei fremdenfeindlichen Übergriffen verstehen und die interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation fördern.¹⁰⁾ Hier findet auch weiterhin die Transfersicherung von Erkenntnissen aus dem BLK-Modellversuch (in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesinstitut für Schule) statt.
- > Zertifizierung und Qualitätsentwicklung von Europaschulen (derzeit drei). Schulen mit ausgewiesenem und langfristig angelegtem Europaschwerpunkt fokussieren europapolitische Fragestellungen, gestalten aktiv die schulischen Europakontakte mit Schülerinnen und Schülern, fördern das Sprachenlernen und beteiligen sich z. B. an Programmen wie „Comenius“. Durch Juryentscheid kann das Zertifikat „Europaschule“ vergeben werden. Weiterhin wird die Arbeit von „unesco-Projektschulen“ gefördert, deren Schwerpunkte die internationale Verständigung, Nachhaltigkeit und interkulturelles Lernen sind.
- > Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft fördert und veranlasst die Entwicklung einer Kommunikations- und Konfliktkultur an Schulen im Land Bremen. Hierzu zählen stufenbezogene Schulungsmaßnahmen wie „Faustlos“ (Curriculum zur Gewaltprävention an Grundschulen), das „Lions-Quest“-Programm („Erwachsen werden“) für die Klassen 5 bis 10, vor allem aber die Ausbildung der Schülerstreitschlichter/-innen. Diese sind flächendeckend in der Sekundarstufe I in Bremerhaven und zunehmend in der stadtbremischen Sekundarstufe I eingeführt.
- > Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft unterstützt Modellvorhaben der ästhetischen Bildung zur Entwicklung von Toleranz, zur Bewusstseinsbildung sowie zur Förderung der Sprach- und Wahrnehmungsfähigkeit als basale Qualitäten einer fachlichen und demokratischen Auseinandersetzung. Beispiel 1: der laufende BLK-Modellversuch „FörMIG“ zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund durch performative Methoden/Theaterarbeit zu literarischen Vorlagen; Beispiel 2: Theaterprojekte zu politischen oder lebensweltbezogenen Themen mit hoher Aktualität (z. B. Zwangsheirat, 2007); Beispiel 3: Dance 4 life als international vernetztes Tanzprojekt mit Aufklärungsanteilen zur Aids-Prävention.
- > Die Verpflichtung der Schulen zur Organisation von Projekten in der Qualifizierungsphase der Gymnasialen Oberstufe, in denen handlungsorientiertes bzw. forschendes Lernen eingeübt und praktiziert wird, mit der Möglichkeit der Einbringung der Projektprüfung als fünftes Prüfungselement. Da es zur Qualität guter Projekte gehört, dass immer auch der gesellschaftliche Gehalt ihrer Themen und Problemstellungen bearbeitet wird, bilden sie eine ideale Organisationsform für die politischen Implikationen von Lernprozessen.

2.2 Fortbildungsmaßnahmen

Die Lehrerfortbildungsinstitute in Bremen und Bremerhaven sind programmatisch und personell so aufgestellt, dass sie regelmäßig Schulen auch darin unterstützen und Lehrkräfte dafür qualifizieren, Schülerengagement und -partizipation zu befördern.

Aktuell zeigt sich dies u. a. in den folgenden Angeboten:

- > „Mitwirkung mit Wirkung“: Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen in der Schule, fünf zweitägige Module, der Start im Herbst 2008 hatte eine sehr gute Resonanz (Kooperation LIS und Jugendbildungsstätte LidiceHaus),
- > Fortbildung für Vertrauenslehrkräfte,
- > Qualifizierungsangebot für Schülervertretungen (Kooperation LIS und Jugendbildungsstätte LidiceHaus),
- > Lions-Quest-Einführungsseminare „Erwachsen werden“; Prävention, Stärkung der Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowohl innerschulisch als auch in Bezug auf die Kooperation zwischen Schule, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern,
- > Fachtagungen und Workshops zu Partizipation in Kooperation mit der Jugendbildungsstätte LidiceHaus.

¹⁰⁾ Vergleichliche Ergebnisse einer Schulleiterbefragung zum Thema Gewaltbelastung, Präventionsstrategien und Unterstützungsbedarfe 2004, Seite 137.

2.3 Projektkultur

- > Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft fördert, unterstützt und veranlasst Präventionsprojekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Hierzu liegt eine umfangreiche Darstellung laufender und zurückliegender Projekte vor.¹¹⁾ Weitere Projekte zielen auf Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für gesellschaftlich relevante Themen im unmittelbaren Lebensumfeld (Sucht, Aids, Gewalt).
- > „Nacht der Jugend“: (jährlich seit 1998) zum Gedenken an die Reichspogromnacht im bremischen Rathaus, die 2500 jugendliche Besucher im Jahr 2007 erreicht, davon 500 in der Vorbereitung aktive Schülerinnen und Schüler.
- > Langfristige Schulprojekte: Beispiel: Auszubildende vom Schulzentrum Alwin-Lonke-Straße sanieren seit 1993 die Gedenkstätte KZ Sachsenhausen und bereiten ihren Einsatz u. a. im Politikunterricht vor.
- > Unterstützung von Schülerfirmen, die intern oder bei schulübergreifenden Veranstaltungen wie der „Nacht der Jugend“ ihre Angebote einbringen und im praktischen Vollzug Themen der ökonomischen und politischen Bildung problembezogen bearbeiten.

2.4 Wettbewerbe

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft unterstützt und fördert die Teilnahme an Wettbewerben. Sie stützt Wettbewerbskoordinatoren und -koordinatorinnen mit Zeit aus und arbeitet an einer Anerkennungskultur (Preisverleihungen, Würdigungen). Eine Wettbewerbsbeteiligung ist mit einem hohen fachlichen und persönlichen Engagement seitens der Teilnehmenden, aber auch der begleitenden Lehrkräfte verbunden und kann nachhaltig wirksam sein für die Lernmotivation. Zu den Wettbewerben mit politisch-gesellschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt gehören u. a.:

- > Der Wettbewerb Demokratisch Handeln wird seit 1989 für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Insbesondere sollen Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen gewonnen werden und Beispiele für Demokratie an Schulen einreichen. Ideelle Partner des Wettbewerbs sind die Theodor-Heuss-Stiftung e. V. und die Akademie für Bildungsreform. Mitglieder dieser beiden bürgerschaftlichen Initiativen haben einen „Förderverein Demokratisch Handeln e. V.“ gegründet, der den Wettbewerb trägt. Die Hauptveranstaltung dieses Wettbewerbs, die „Lernstatt Demokratie“, wird im Jahr 2010 in Bremen zu Gast sein. Dies wird bereits vorbereitet. Zwölf Bremer Projekte sind 2008 auf Bundesebene ausgezeichnet worden.
- > „Jugend debattiert“, ein Wettbewerb der gemeinnützigen Hertie-Stiftung unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Förderung der sprachlichen und politischen Bildung und der Meinungsbildung durch Einübung der Debatte als Form politischen Handelns. Qualifikation zum Mitreden und Mitgestalten in der Demokratie verbunden mit der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der Gesellschaft. Der Wettbewerb findet in Bremen in vier Schulverbänden mit insgesamt 18 Schulen statt und richtet sich an die Klassen 8 bis 13.
- > „Dem Hass keine Chance“ – Bremer Wettbewerb in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesinstitut für Schule. 2008 beteiligten sich 21 allgemeinbildende Schulen (Primar- und Sekundarstufe) aus Bremen und 16 Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler aus Bremerhaven sowie außerschulische Träger.
- > Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten; bundesweiter Wettbewerb. Durchführung in Kooperation der Universität Bremen mit Schulen (siehe auch unter „Kooperation“).
- > Schülerwettbewerb zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten.
- > Europäischer Wettbewerb: bildnerische und schriftliche Wettbewerbssparte zu europäischen Themenstellungen; ab Grundschule. Erfolgreiche und hohe Bremer Beteiligung.
- > Europäischer Fremdsprachenwettbewerb: Gruppenwettbewerb mit Theater- und Filmbeiträgen in europäischen Sprachen zu aktuellen Themen. Förderung der Mehrsprachigkeit als Teil politischer Handlungsfähigkeit im vernetzten Europa.

¹¹⁾ 4. Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2000 bis 2008; auch Drucksache 17/515 vom Oktober 2008.

3. Kooperationen

Politische Bildung findet in vielfältig strukturierten Kooperationsprojekten von Schulen mit Einrichtungen im Stadtteil bzw. mit Institutionen von Land, Stadt und Bund statt. Die größeren Kooperationspartner sind hier aufgeführt. Darüber hinaus gestalten zahlreiche Schulen individuelle Kooperationen:

Universität Bremen/Staatsarchiv

Im Rahmen des Geschichtswettbewerbs kooperieren Schulen mit dem Projekt „Forschendes Lernen“ am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität sowie dem Staatsarchiv Bremen. Eine neu konzipierte Fachtagung führte Lehrkräfte erstmalig im August 2008 umfangreich in Materialien und Möglichkeiten des forschenden Lernens zu Themen des Geschichtswettbewerbs ein.

Landeszentrale für politische Bildung (LZPB)

Die LZPB kooperiert seit Bestehen effektiv mit Schulen im Land Bremen. Folgende Maßnahmen sind im Rahmen der politischen Bildung etabliert und werden gut – auch in der Fläche – angenommen.

- Die LZPB verzeichnet eine stabile Nachfrage der Schulen bezogen auf die Buchausgabe und Materialien zu Unterrichtsthemen. Ein ausreichend großer Fundus zu aktuellen Themen ist vorhanden; weitere, gut nachgefragte Materialien liefert die Bundeszentrale für politische Bildung.
- „Schüler-Haushalt“: Neues vorbildliches Projekt zur politischen Bildung (Start Schuljahr 2008/2009 in „Schulen ohne Rassismus“): Den Schülerinnen und Schülern werden 500 € zugesagt, wenn sie in einem demokratischen Verfahren feststellen, wie und wofür die Summe ausgegeben wird. Auf diese Weise lernen sie, sich zu präsentieren, sich eine Legitimation zu verschaffen und durchlaufen dabei die einzelnen Schritte eines Gesetzgebungsverfahrens des Deutschen Bundestages. Die Senatskanzlei erarbeitet zurzeit eine Neufassung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Darin sind die Beiräte aufgefordert, neue Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung zu entwickeln. Schülerinnen und Schüler werden in diesem Rahmen die Möglichkeit haben, ihre entwickelten Projekte den Beiräten vorzustellen und erfolgreich Zuschüsse zu beantragen. Auf diese Weise wird eine Vernetzung von Schülerinnen und Schülern mit den Beiräten gefördert.
- Juniorwahl-Projekt: getragen von Hertie-Stiftung, EU-Parlament und Bundeszentrale für politische Bildung. Parallel zu realen Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen werden im Unterricht Wahlen inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Etwa einen Monat lang begleiten die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 aller Schulformen das Projekt. Hierfür nutzen die Lehrkräfte zahlreiche spezielle handlungs- und produktorientierte Unterrichtsvorschläge zum Thema „Wahlen und Demokratie“.
- Wahl-O-Mat: Mit Positionen aller Parteien zu 30 Thesen soll Erstwählerinnen und Erstwählern und Jugendlichen die Orientierung in der Parteienlandschaft erleichtert werden. Das Projekt der Landeszentrale für politische Bildung und des Bremer Jugendrings ist 2007 bei der Bürgerschaftswahl gut angenommen worden und soll 2009 für die Bundestagswahl/Europawahl erneut eingesetzt werden.
- Aktion Stolpersteine: Dieses Erinnerungsprojekt an die Opfer des Nationalsozialismus geht auf eine Idee des Künstlers Gunter Demnig zurück, der im Bürgersteig vor Häusern, in denen Opfer einst lebten, Betonquader mit Messingtafeln verlegt. Die Aktion konzipiert Rundgänge und Touren zu den inzwischen 214 Stolpersteinen in Bremen in Kooperation mit 17 Ortsämtern und Stadtteilen. Beispiel: Für die 7. bis 13. Klassen werden Rundgänge zum Rosenack-Haus – neben der Synagoge – angeboten. Die Schulkooperation hat vor allem den Stadtteil im Blick und bietet den Lehrkräften Unterstützung durch detailliert aufbereitete Unterrichtsmaterialien an. Beteiligung an der Nacht der Jugend 2008 unter dem Motto „70 Jahre später“.
- Aufbau der Gedenkstätte Bunker Valentin: als Konzept für Schule und außerschulische Jugendbildungsarbeit zum Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Bremen. Ziel ist es, den Bunkerbesuch in den Geschichtsunterricht zu integrieren.
- Filmreihe für die Sekundarstufe II: Jährlich im Herbst findet in Kooperation mit dem Kino 46, der Bundeszentrale für politische Bildung (Institut für Filmkunde)

und der Murnau-Stiftung ein Filmseminar statt, in dem Propagandafilme aus dem Nationalsozialismus untersucht werden. Filme werden – mit pädagogischer Moderation – gezeigt, anschließend mit anwesenden und geladenen Zeitzeugen diskutiert.

- 27. Januar: Beteiligung an Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.
- Europa: Die Landeszentrale für politische Bildung bietet zu europapolitischen Themen ein mehrstufiges Fortbildungsangebot für Lehrkräfte sowie Referendarinnen und Referendare an.
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR): die Landeszentrale für politische Bildung begleitet die insgesamt 16 SOR-Schulen.
- Dem Hass keine Chance: Bremer Wettbewerb gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule (siehe unter „Wettbewerbe“)

Die Jugendbildungsstätte LidiceHaus bietet seit ihrer Gründung 1987 Schulen erfolgreich Kooperationsprojekte zu den Schwerpunkten „Demokratieentwicklung“ und „Soziales Lernen“ an, die gut angenommen werden und sich etabliert haben. Hierzu gehören schulbezogene und schulübergreifende Qualifikationsmaßnahmen mit dem Fokus „Entwicklung von Partizipationsstrukturen“ („We are strong together“) für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sowie die Qualifizierung von Schülervertretungen und Klassensprecherinnen und -sprechern. Eine Vernetzung mit Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen sowie im Stadtteil findet statt.

Das Jugendhaus Buchte der Naturfreunde-Jugend bietet zusammen mit dem Mädchenkulturhaus in der Schule vor Ort „Schuleica“-Schulungen zur Qualifizierung von Jugendlichen an: Vermittlung von Know-how zur Organisation von Projekten; Grundkenntnisse in Gruppenleitung; Konflikt- und Methodentraining. Auch dieses Format ist als Beitrag zur politischen Bildung und Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern zu sehen.

Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft ist vertreten im 2008 neu gegründeten landesweiten Beratungsnetzwerk „proaktiv gegen rechts“ bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, das im Rahmen des Bundesprogramms „Kompetent. Für Demokratie“ voraussichtlich bis einschließlich 2010 gefördert wird. Die Beteiligten wollen in Bezug auf Schulen qualifizierte Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter/-innen, Schulleitungen und gegebenenfalls Eltern ausbauen und absichern, um rechtsextreme Tendenzen früher wahrnehmen und darauf adäquat reagieren zu können. Außerdem werden Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung jugendspezifischer Formen und Methoden der Auseinandersetzung mit historischem Nationalismus und modernisiertem Rechtsextremismus beraten.

4. Partizipation

Zentrales Element politischer Bildung, insbesondere der Entwicklung von Wahlmündigkeit, ist die Eröffnung realer Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit in ihren sozialen Kontexten.

Der 2007 verbindlich gewordene Bremer Orientierungsrahmen Schulqualität nennt für dieses Handlungsfeld folgendes Ziel:

„Die Schule fördert die demokratische Partizipation der Schülerinnen und Schüler, indem sie sie in die Gestaltung von Unterricht und Schulleben einbezieht und Möglichkeiten zur Mitsprache und Verantwortungsübernahme schafft.“

Folgende Indikatoren einer guten Qualität der Partizipation von Schülerinnen und Schülern werden aufgeführt:

- „Es gibt eine aktive Schülervertretung, deren Arbeit von Schulleitung und Lehrerkollegium ernst genommen und nachhaltig unterstützt wird.
- Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung für gemeinsame und individuelle Lernprozesse im Unterricht. Lehrerinnen und Lehrer unterstützen sie dabei und ermutigen sie zu regelmäßigem Feedback über Prozesse und Ergebnisse.
- An der Schule werden regelmäßig Projekte unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern geplant, durchgeführt und ausgewertet.

- Die Schülerinnen und Schüler beteiligen sich aktiv an der Schulprogrammentwicklung.
- Die Schülerinnen und Schüler werden an Evaluationsvorhaben beteiligt.“

Die Schulen sind gehalten, die hier verankerten Ansprüche in ihren Schulentwicklungsprozessen aufzunehmen. Die externe Evaluation der bremischen Schulen, deren erster Durchgang in diesem Jahr abgeschlossen sein wird, ist auch unter dem Kriterium erfolgt, wie viel Partizipation von Schülerinnen und Schülern eine Schule praktiziert.

Explizit politische Qualität erlangt Schülervvertretung auf der Ebene der zentralen Vertretungen: Wie ausführlich im „Bericht zur Arbeit der Gesamtschüler(innen)vertretung (GSV)“ dargelegt,¹²⁾ wird die Arbeit der GSV durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft unterstützt und gestärkt. Eine Verbindungslehrkraft, die den Kontakt zur Behörde gestaltet und eine Vertrauenslehrkraft mit inhaltlicher Beratungsfunktion für die GSV sind zum Schuljahr 2008/2009 neu benannt worden.

Die gewählten Vertrauenslehrkräfte an Schulen haben vor Ort die Aufgabe, Beteiligungsansätze zu unterstützen und Schüler(innen)gruppen zu begleiten. Sie werden durch Fortbildungsmaßnahmen unterstützt.

5. Entwicklungsbedarfe

Die vorausgehende Darstellung zeigt, dass einem Konzept, das auf schulischen Fächern sowie vielfältigen und breit genutzten ergänzenden Angeboten für Lernen und Engagement basiert, auch eine stetige Verbesserung und Verstärkung implizit ist. Dies nicht zuletzt, weil die unverzichtbaren gesellschaftlichen Kooperationspartner dies programmatisch repräsentieren und betreiben.

Es ist gleichwohl unbestritten, dass die politische Bildung an Schulen im Land Bremen weiterentwickelt und ausgebaut werden kann und muss. Das Konzept bewegt sich in einem Spannungsfeld von erkanntem Anspruch und struktureller wie materieller Leistbarkeit. Im Folgenden werden Entwicklungsbedarfe benannt, deren Realisierung koordiniert und fachlich gestützt erfolgen muss. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft wird hierzu einen entsprechenden Auftrag erteilen, unter dem mit den Partnern in der politischen Bildung bis Ende 2009 ein Programm zur Weiterentwicklung der politischen Bildung an den Schulen im Lande Bremen im Sinne der folgenden Eckpunkte umsetzungsreif erarbeitet wird:

Entwicklungsbedarf besteht insbesondere unter den Aspekten:

- 5.1 Vernetzung
- 5.2 Partizipation
- 5.3 Anerkennungskultur
- 5.4 Evaluation und Unterrichtsentwicklung

5.1 Vernetzung

Eine Vernetzung der vielfältigen schulischen Projekte ist nicht im wünschenswerten Maße erreicht. Um Synergieeffekte, die Verbindung von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Vorhaben sowie Nachhaltigkeit sicherzustellen, gilt es – mehr als bisher – Erfahrungs-, Projektmanagement-, Organisations- und Motivationsressourcen zu nutzen und vor allem zu vernetzen. Transparenz und Transfer erfordern hier ein Umdenken und eine Überwindung institutioneller Grenzen. Bereits im Ergebnis der Schulleiterbefragung zur Gewaltproblematik vom November 2004¹³⁾ wird der Rat formuliert, die Senatorin für Bildung und Wissenschaft solle den Austausch unterstützen, professionalisieren und Erfahrungen für andere zugänglich machen. Hier ist ein erheblicher Nutzen zu erwarten. „Ein strukturierter und themenzentrierter Austausch führt angesichts unterschiedlicher Problemkonstellationen und Dispositionen (. . .) zu einem fruchtbaren Austausch, der ergebnisorientiertes Engagement und Selbstkontrolle aller Beteiligten anregt.“¹⁴⁾ Die Schulen aus dem Modellversuch „Demokratisch leben und lernen“ leisteten hier gute Arbeit; ebenso die in Bremen-Nord tätigen Grundschulen, deren Präventionskonzepte im Bericht der genannten Unter-

¹²⁾ Vorlage G 27/17, Deputation für Bildung am 26. Juni 2008.

¹³⁾ Thema Gewaltbelastung, Präventionsstrategien und Unterstützungsbedarfe; Akademie für Arbeit und Politik der Universität Bremen, Dr. Frank Meng, Seite 150 ff.

¹⁴⁾ Ebenda Seite 150.

suchung beschrieben sind. Es sind „ . . . erfolgreiche Präventionsstrategien und große Kompetenzen des Lehrpersonals vorhanden, die bislang aber kaum in die Bremer Schullandschaft ausstrahlen“, heißt es dort.

Lösungsansatz:

Zum festen Bestandteil der Arbeit in Wettbewerben und Projekten im Sinne der Qualitäts- und Transfersicherung muss der regelmäßige institutionalisierte Informations- und Erfahrungsaustausch von Lehrkräften gehören, die ähnliche oder gleiche Maßnahmen begleiten, mit dem Ziel der Qualitätsentwicklung dieser Maßnahmen bzw. Optimierung ihres Zuschnitts auf schulspezifische bzw. quartierspezifische Besonderheiten. Hier sollten auch Fragen nach der systematischen Einbeziehung der Geschlechterperspektive verortet werden. Die Einrichtung eines ständigen „Beirats für politische Bildung, Demokratie-Lernen und Partizipation“ kann hier unterstützend wirken.

5.2 Mehr Partizipation

Der Bildungsbereich ist – u. a. durch die Shell-Jugendstudien der vergangenen Jahre – immer wieder nachdrücklich darauf hingewiesen worden, dass Kinder und Jugendliche für die Entwicklung und Stärkung ihrer Persönlichkeit und in der Vorbereitung ihrer gesellschaftlichen Rollen darauf angewiesen sind, dass sie wirksam partizipativ in ihren sozialen Umfeldern agieren können. In den Schulen und in den städtischen Quartieren ist diese Forderung nach wie vor in den Konzepten stärker vertreten als in der Praxis.

Eher formal angesehene und nicht immer qualifiziert begleitete Arbeit in Schülervertretungen bildet ein Handlungsfeld, das ebenso Verstärkung und Verbesserung benötigt wie auch die Ansätze zur Partizipation von Jugendlichen in den Stadtteilen. Die Durchführung von Beteiligungsformen durch die Stadtteilbeiräte setzt voraus, dass es diesen gelingt, altersangemessene und interessenbezogene Formen zu finden. Angelegenheiten im unmittelbaren Umfeld von Jugendlichen sind besser geeignet, sie zu aktivieren, weil sie konkret sind und sich meistens schneller umsetzen lassen als langwierig über Gremien angeregte Vorhaben. Die Fachkräfte der Kinder- und Jugendförderung sollen die Beiräte bei der Umsetzung von Beteiligungsvorhaben fachlich unterstützen und die örtlichen Schulen beteiligen; in diesem Feld sind neue ressortübergreifende Formen nachhaltiger Demokratiepädagogik zu entwickeln.

Lösungsansatz:

Die unter 4. für den Qualitätsaspekt „Aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler am Schulleben und an der Schulentwicklung“ genannten Ziele und Indikatoren des Orientierungsrahmens Schulqualität müssen nachvollziehbar Geltung erlangen. Da Schulprogramme zyklisch fortgeschrieben werden, muss an die 2010 anstehende nächste Generation von Schulprogrammen der Anspruch gestellt werden, die politische Sozialisation und Bildung von Kindern und Jugendlichen in der Schule auch durch ein schuleigenes Partizipationskonzept zu stärken. Dieses sollte außerdem die Genderkompetenz aufseiten aller Beteiligten fördern.

Darüber hinaus sollten Konzepte wie die Streitschlichter/-innenausbildung verstärkt – und ergänzend zum erfreulich hohen Anteil an beteiligten Mädchen – zunehmend männliche Jugendliche einbinden.

In den ressortübergreifenden Vorhaben zu Bürgerbeteiligung und Engagement müssen die auf das Jugendalter gerichteten Möglichkeiten und Angebote ausgebaut und verstärkt beworben werden. In diesem Kontext muss die jährliche Session der Bildungsveranstaltung „Jugend im Parlament“ ihre Themen mit so viel „Ernst-Charakter“ wie möglich behandeln können und durch die Ressorts und das Parlament aufgenommen sehen.

5.3 Anerkennungskultur – Qualifizierung – Lehrerkooperation

Sinnvoll ist auf allen Ebenen der Steuerung von Schule eine regelmäßige – nicht nur zufällige – und wertschätzende Kenntnisnahme bzw. kritische Würdigung der zahlreichen bestehenden und abgeschlossenen Aktivitäten und der Akteure der politischen Bildung, bevor Neues geplant und eingefordert wird.

Die dargestellten Maßnahmen dokumentieren, dass Jugendliche zu motivieren sind und ein beeindruckendes Engagement zeigen, das mittelfristig aus zunächst bürgerschaftlichem ein politisches Interesse generieren kann. Dies gilt besonders für die

Schülerinnen und Schüler, die an Wettbewerben teilnehmen, die Veranstaltungen verantwortlich mitgestalten und deren Projekte – auch bundesweit – ausgezeichnet werden (z. B. wurden zwölf Bremer Projekte im Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ im Jahr 2008 bundesweit gewürdigt).

Die Anerkennungskultur sollte auch Schulleitungen und Lehrkräfte einbeziehen, die trotz Aufgabenverdichtung über ihre Unterrichtsverpflichtung hinaus bereit sind, ihre Schülerinnen und Schüler in Projekten zu begleiten, sie zu motivieren, zu Selbsttätigkeit anzuleiten und Beziehungsarbeit zu leisten.

Besonders gilt dies für die derzeit ca. 120 Vertrauenslehrkräfte, die als verlässliche Kontakt- und Vertrauenspersonen z. B. der Schülervertretungen maßgeblich zur politischen Bildung und zu einer erfolgreichen und stetigen Partizipation ihrer Schülerinnen und Schüler beitragen können. Eine Aufwertung dieser Aufgabe, besonders durch eine verstärkte Qualifizierung und verbesserte Kommunikation der Gruppe untereinander, ist angezeigt.

Schließlich sind – unbeschadet der Tatsache, dass politische Bildung Schule und Kollegium als Ganzes angeht – die Fachkonferenzen der beteiligten Fächer in den Blick zu nehmen. Sie bilden den Ort für Unterrichtsentwicklung, Vernetzung und Engagement der Schule in Projekten und Wettbewerben. Hier liegen ohne Zweifel Entwicklungsbedarfe, deren Bearbeitung den Stellenwert und die Wirksamkeit der Fächer und Vorhaben zur politischen Bildung in der einzelnen Schule nachhaltig erhöhen kann.

Lösungsansatz:

- Regelmäßige öffentliche Auszeichnung von Wettbewerbspreisträgern bzw. Würdigung von Schülerprojekten zu gesellschaftlich relevanten Themenstellungen.
- Aufwertung und Qualifizierung der Arbeit der Vertrauenslehrkräfte.
- Die Fachkonferenzen der beteiligten Fächer und Aufgabenfelder sind gezielt zu stärken, ihre Vorsitzenden zu qualifizieren und die Fachkollegien zu einer effektiven, auch jahrgangsbezogenen Kooperation und Teambildung zu führen und mit außerschulischen Partnern und Institutionen der politischen Bildung zu vernetzen.

5.4 Evaluation und Unterrichtsentwicklung

Entwicklungsbedarf besteht bezogen auf eine verlässliche Gewährleistung des Unterrichts explizit politischer Themen. Die Stundentafel lässt hier zwar ausdrücklich Freiheiten, die schulintern verhandelt werden können. Die Nutzung der Flexibilisierungsstundentafeln führt aber nicht zwangsläufig zu einer ausreichenden Berücksichtigung des Faches Politik und seiner Inhalte.

An dieser Stelle kann erst eine gezielte Evaluation der Unterrichtsrealität Fakten liefern und Bedarfe ermitteln.

Politische Bildung als Querschnittsaufgabe fordert zudem das gesamte Kollegium heraus. Dies sollte stärker als bisher in Schulprogrammen, schulinternen Curricula und der Gestaltung der Stundentafeln verankert werden.

Lösungsansatz:

- Verpflichtung des Landesinstituts für Schule und des Lehrerfortbildungsinstituts in Bremerhaven, verstärkt Maßnahmen zur Lehrerbildung und Unterrichtsentwicklung anzubieten bezogen auf die Organisation fachübergreifender und Fächer verbindender Lerneinheiten im Team von Fachlehrkräften und auf die Berücksichtigung von politischen Dimensionen der fachspezifischen Inhalte anderer Fächer.
- Beauftragung einer Evaluation der Unterrichtsrealität im Fach Politik an Schulen im Rahmen der bremischen Schul- und Schulbegleitforschung oder forschungsbezogener Schulpraktika.

Entwicklungsimpuls für das gesamte Fachfeld:

Um kurzfristig die politische Bildung an Schulen zu stärken, kann als Auftakt einer „Initiative zur Stärkung der politischen Bildung“ (Arbeitstitel) die Ausrichtung einer

Fachtagung zur Bedeutung und zum fachlichen Diskurs der politischen Bildung sehr sinnvoll sein. Hier kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung für das Lernfeld stattfinden – unter Beteiligung von Jugendlichen, z. B. bei Veranstaltungsmanagement; Plakatgestaltung (Wettbewerb); Catering (Schülerfirma) u. a. –. Während der Tagung können hervorragende Projekte bzw. Wettbewerbsbeiträge in einem angemessenen Rahmen ausgezeichnet werden. In diesem Kontext könnte sich auch der genannte „Beirat für politische Bildung, Demokratie-Lernen und Partizipation“ konstituieren.